

Laudatio für die Egon-Matzner-Preisträger 2022

Jan Schulz, Daniel M. Mayerhoffer und Anna Gebhard

Wolfgang Blaas

Der von der Jury ausgewählte Aufsatz der Preisträger befasst sich mit dem weitverbreiteten Phänomen der Fehleinschätzung der eigenen Position in der ökonomischen Verteilungshierarchie.

Bei dieser Fehleinschätzung gibt es verschiedene Facetten. Die in der Allgemeinheit bekannteste dürfte sein, dass Personen auf den unteren Stufen ihre Position überschätzen – also glauben, weiter oben in der Verteilungsskala zu sein – und Personen auf den oberen Stufen ihre Position unterschätzen – also glauben, in der Verteilungshierarchie weiter unten zu stehen („middle class bias“). Eine andere durchaus häufig anzutreffende Fehleinschätzung wäre etwa, dass das Ausmaß der Ungleichheit grob unterschätzt wird.

Zur Methodik und den Ergebnissen der Arbeit werden die Autoren selbst kurz Stellung nehmen. Ich möchte mir erlauben, einige Anmerkungen zum Verteilungsthema aus gesamtwirtschaftlicher und gesamtgesellschaftlicher Sicht einzubringen.

Solche Fehleinschätzungen sind aus wirtschaftlicher und politischer Perspektive kein zu vernachlässigendes Problem. Ganz im Gegenteil. Sie können dazu beitragen oder überhaupt ursächlich dafür sein, dass Maßnahmen der Umverteilung (von oben nach unten) nicht oder in die falsche Richtung (von unten nach oben) umgesetzt werden. Die umfangreichen Studien, die heute dazu vorliegen, zeigen die wachstumspolitischen, demokratiepolitischen und systemdestabilisierenden Probleme solcher Politikfehler auf.

Gibt es keinen gesellschaftlichen Konsens oder keine parlamentarische Mehrheit dafür, dass die Ungleichheit redu-

ziert werden soll, werden Maßnahmen unterbleiben, die die volkswirtschaftlichen Kapazitäten besser auslasten. Dass das keine linken Hirngespinnste sind, zeigen Publikationen von so konservativen Institutionen wie der OECD.

Die OECD hat wissenschaftliche Untersuchungen veröffentlicht, die zeigen, um wieviel die Wachstumsrate der einzelnen OECD-Länder höher gewesen wäre, wenn über einen längeren Zeitraum sich die Ungleichheit der Einkommen verringert hätte oder zumindest gleich geblieben wäre (OECD 2014; OECD 2015).

Wenn es um die Vermögensverteilung geht, liegt Österreich bekanntlich innerhalb der EU auf den vordersten Rängen der Ungleichheit. Neuere Arbeiten, die Probleme wie die Untererfassung der Spitzenvermögen methodisch umgehen, kommen zum Schluss, dass die Vermögenskonzentration in Österreich beständig hoch bleibt (Heck et al. 2020). Die ärmere Hälfte der Österreicher besitzt 2,8% des (Gesamt-) Nettovermögens, während das reichste (eine) Prozent 39% des Nettovermögens besitzt. Das ist auch im internationalen Vergleich extrem, für die USA lautet dieser Prozentsatz 36%, für Deutschland 35%.

Dass eine zunehmende Vermögenskonzentration die Gefahr eines schleichenden Übergangs von der Demokratie zur Plutokratie in sich birgt, zeigen eine Reihe von einschlägigen Studien z.B. für die USA, aber auch für europäische Länder (siehe z.B. Trabold (2017); Ey/Wagner (2017)). Demgegenüber steht aber die Tatsache, dass in Ländern wie z.B. Österreich die Einführung (oder Wieder-Einführung) von vermögenbezogenen Steuern extrem schwierig bis unmöglich erscheint. Das verwundert auch nicht, wenn man die Antworten bei Befragungen zu Vermögenssteuern in Betracht zieht. Nach Angaben von Forschern,

die sich schon viele Jahre mit diesem Thema befassen (wie z.B. Martin Schürz 2019), lautet die verblüffende Reaktion auf die Frage, warum der Befragte gegen eine (entsprechend konzipierte) Vermögenssteuer ist, wenn diese ihn sowie 90% der Bevölkerung gar nicht treffen würde: „Ja, jetzt nicht. Aber vielleicht bin ich einmal reich, und dann trifft sie mich“.

Diese hoffnungsvolle Erwartung, die für mehr als 90% der Bevölkerung nie in Erfüllung geht, gehört meines Erachtens ebenso zu jenen Fehleinschätzungen wie jene der Verteilungsposition, die eine Umsetzung wirtschafts- und demokratiepolitisch sinnvoller Maßnahmen behindern.

Dass solche Fehleinschätzungen und romantische Erwartungen eine gezielte Verteilungspolitik erschweren oder unmöglich machen, ist mit ein Grund für die zunehmende Dominanz der Finanz- über die Realmärkte und damit eine der Ursachen für die vermehrte Instabilität unseres Wirtschaftssystems. Umso mehr sind alle wissenschaftlichen Arbeiten zu begrüßen, die dazu beitragen können, den verteilungspolitische Diskurs zu versachlichen und damit politische Maßnahmen im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung zu unterstützen.

In diesem Lichte sehe ich auch die vorliegende Arbeit der Egon-Matzner-Preisträger, zu der ich ihnen herzlich gratuliere.

Literaturverzeichnis

- Dimmel, N. et al. (2017), Handbuch Reichtum. Neue Erkenntnisse aus der Ungleichheitsforschung. Studien Verlag, Innsbruck, Wien, Bozen.
- Disslbacher, F., Ertl, M., List, E., Mokre, P., Schnetzer, M. (2020) On Top of the Top. Adjusting wealth distributions using national rich lists. INEQ Working Paper Series, No. 20; Vienna University of Economics and Business, Vienna.
- Ey, F., Wagner, A. (2017), Wer das Geld hat, schreibt die Gesetze. In: Dimmel et al. (2017), S. 348-363
- Heck, I. et al. (2020), Vermögenskonzentration in Österreich – Ein Update auf Basis des HFCS 2017. AK Wien (Hrsg.), Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 206
- OECD (2014), Does income inequality hurt economic growth? Focus on Inequality and Growth. OECD Publishing, Paris
- OECD (2015), In It Together. Why Less Inequality Benefits all. OECD Publishing, Paris
- Schürz, M. (2019), Überreichtum. Campus Verlag, Frankfurt/Mai
- Trabold, H. (2017), Reichtum macht Politik. In: Dimmel et al. (2017), S. 364-376